



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

Pressekontakt:
Thomas Wedel
Pressesprecher

thomas.wedel@bfw-bund.de
www.bfw-bund.de
www.bfw-newsroom.de

Twitter: @BFWBund

BFW-PRESSEMITTEILUNG

BFW-Präsident begrüßt Einigung auf Koalitionsvertrag: „Lassen Sie uns jetzt gemeinsam tragfähige Lösungen finden!“

Berlin, 24.11.2021. Der BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen begrüßt die Einigung von SPD, Grünen und FDP auf einen Koalitionsvertrag. „In schwierigen Zeiten kann dieser Schritt ein Signal des Aufbruchs für unser Land sein. Wir setzen auf die soziale Verantwortung der künftigen Regierungsparteien, ihre Kompetenz in Klimaschutzfragen sowie ihren Fokus auf die Belange der deutschen Wirtschaft. Der BFW und seine Mitgliedsunternehmen stehen der neuen Regierung als starker Ansprechpartner zur Seite“, erklärte BFW-Präsident Andreas Ibel am Mittwoch in Berlin.

„Der Bau von 400.000 Wohnungen pro Jahr ist ein sehr ambitioniertes Ziel. Daran muss sich die neue Bundesregierung messen lassen. Deshalb ist es richtig, die lineare Abschreibung für den Wohnungsneubau anzuheben“, so Ibel weiter. „Wir unterstützen die Idee für ein ‚Bündnis bezahlbarer Wohnraum‘, das in Hamburg unter dem damaligen Ersten Bürgermeister Olaf Scholz zusammen mit dem BFW bereits sehr erfolgreich war. Allerdings dürfen wir mit der im Koalitionsvertrag genannten ‚Wohngemeinnützigkeit‘ auf keinen Fall Fehler aus der Vergangenheit wiederholen“, ergänzte der BFW-Präsident.

Gut ist aus Ibels Sicht, dass die Themenbereiche Bauen und Wohnen in der künftigen Regierungskoalition mehr Gewicht bekommen: „Wir hoffen, dass die Immobilienwirtschaft mit einem eigenständigen Bauressort nun endlich einen starken Ansprechpartner erhält“, so Ibel. „Von der neuen Ampel-Koalition erhoffen wir uns den Abbau von Bürokratie und Überregulierung sowie die Offenheit für neue Technologien und Innovationen“, sagte er.

„Eine zentrale Herausforderung für die Zukunft unseres Landes ist die Klimaschutzpolitik. Im Gebäudesektor sind Fortschritte aber nur dann möglich, wenn ein stärkerer Fokus auf die Wirtschaftlichkeit gelegt wird“, so Ibel. „Klar ist, dass die Immobilienwirtschaft ihren Beitrag zum klimaneutralen Gebäudebestand leisten will und wird. Fakt ist aber auch: Die bisherigen Schritte reichen nicht aus. Deshalb möchten wir uns gemeinsam mit der Politik an einen Tisch setzen und Gedanken darüber machen, wie man in diesem Bereich vorankommt“, sagte der BFW-Präsident.

„Die Innovationskraft unserer Mitgliedsunternehmen ist groß. Sie kommt aber nur durch gezielte Förderung zum Tragen. Lähmende Ordnungspolitik würgt private Investitionen ab. Im Detail gibt es jetzt viele Dinge zu besprechen. Es ist wichtig, dass wir nicht übereinander, sondern miteinander reden. Nur so werden wir tragfähige Lösungen finden“, appellierte Ibel an die Koalitionsparteien.



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.